Thorner Zeitung

Gegründet anno 1760

Ostdeutsche Zeitung und General-Anzeiger

Erscheint täglich. Bezugspreis vierteljährl. bei Abholung von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen in Thorn, Mocker u. Podgorz 3.00 Mk., monatl 1.00 Mk., frei ins Haus gebracht 3.50 Mk., monatl. 1.20 Mk., bei allen Postanstalten 3.60 Mk., monatl. 1,20 Mk., durch Briefstr. ins Haus gebr. 4 02 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Seglerstr. 11.
Telegr.-Adr.: Thorner Zeitung. = Fernsprecher Nr. 46.
Verantwortlicher Schriftleiter: Oskar Schmid in Thorn.
Für Anzeigen verantwortlich Martha Wendel in Thorn.
Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostd. Zeitung, G. m. b. H. Thorn,

Nr. 24 — Mittwoch, 29. Januar — 1919

Neueste Nachrichten.

Ergebnisse aus den Wahlen zur preußischen Landesversammlung.

Berlin, 28. Januar. (Dr.) Bis heute mittag lagen erst Ergebnisse aus 5 Wahlkreisen von insgesamt 23 Wahlkreisen vor, aus denen man mit einiger Sicherheit die Verteilung der Sitze auf die verschiedenen Parteien entnehmen kann und zwar aus den Kreisen 1 Ostpreußen, 3 Berlin, 10 Oppeln, 12 Magdeburg und 14 Schleswig-Holstein. In diesen Kreisen sind nach nichtamtlichen Meldungen zur preußischen Landesversammlung für die Deutschnationalen 8, für die Christlichen 14, für die deutsche Volkspartei 4, für die Deutschdemokraten 17, für die Sozialdemokraten 40 und für die Unabhängigen 8 Abgeordnete gewählt. Außerdem haben die schleswig holsteinischen Bauern- und Arbeiterdemokraten einen Sitz erobert.

Die mecklenburgischen Landtagswahlen.

Rostock, 28. Januar. (Dr.) Bei den Wahlen zum verfassunggebenden mecklenburgischen Landtag verteilen sich die Sitze nach den vorläufigen Ergebnissen wie folgt: Sozialdemokratische Partei 31, Deutsch-demokratische Partei 18, Deutsch-nationale Volkspartei 8, Deutsche Volkspartei 3, Mittelstand 1, Dorfbund 1 und 2 Sitze für die verbundenen Listen der bürgerlichen Parteien des 4. Wahlkreises.

Die Lage in der Provinz Posen.

Bromberg, 28. Januar. (Dr.) Amtlich. Wilhelmsdorf wurde am 27. 1. nachm. von etwa 60 Polen mit einem Maschinengewehr angegriffen. Die Angreifer wurden abgewiesen und bis Georgental zurückgetrieben. In dem übrigen Teil des Abschnittes Patrouillentätigkeit. Die Orte Eichdorf, Targowisko, Brühlsdorf, Eichenau, Kirschgrund, Elsendorf, Klein-Neudorf sind vom Feinde frei gefunden.

Kämpfe zwischen Tschechen und Polen.

Wien, 28. Januar. (Dr.) Die „Neue Freie Presse“ meldet die Besetzung von Teschen durch die Tschechen, nachdem beim Kampfe mit den Polen diese zurückgeworfen worden waren und über 70 Gefangene und 300 Verwundete und Tote auf dem Kampfplatz zurückgelassen hatten.

Blutige Zusammenstöße in der Steiermark.

Wien, 28. Januar. (Dr.) Den Blättern zufolge wurden bei den gestrigen Kundgebungen in Marburg (Steiermark) 8 Personen getötet und 50 verwundet.

Trotzki in Wien.

Paris, 28. Januar. (Dr.) Nach Prager Blättern soll in den vergangenen Wochen Trotzki in Wien geweilt haben.

Aus dem Obersten Kriegsrat der Alliierten.

Paris, 27. Januar. (Drahtnachricht) Havas. Amtlich. Präsident Wilson, die Ministerpräsidenten und Minister des Aeußern waren mit den Vertretern Japans gestern morgen von 10 Uhr bis mittags und am Nachmittag von 3 bis 5 Uhr versammelt. Sie prüften das Vorgehen und das Studienprogramm der neuen Kommissionen für die ökonomischen und finanziellen, maritimen und privatrechtlichen Fragen. Am Nachmittag setzte sich der Meinungsaustausch über die Frage der früheren deutschen Kolonien im Stillen Ozean und im fernen Osten fort. Die Vertreter der Dominien und der chinesischen Minister wurden gehört. Der Rat wird sich heute morgen wiederum versammeln.

Wilson und der Friede.

Für Polen, Tschechen, Serben und Rumänen ist die Warnung bestimmt, die Wilson sehr unverhüllt in seine Konferrenzrede eingeschlossen hat. Was die national unersättlichen Völker und Völkersplitter im Osten beginnen, das ist die Vorbereitung eines neuen Krieges, der Europa völlig ausbrennen muß. Obschon die Polen bis heute noch nicht den Beweis ihrer Staatlichkeit erbracht haben, suchen sie ihre Grenzen nach Nord und Süd, nach Ost und West ununterbrochen auszudehnen. Dabei brodelt es in Kongreß-Polen wie in einem Hexenkessel. Paderewski und Pilsudski ringen um die Macht, beide nicht als Persönlichkeiten, sondern als die Handelnden der Nationaldemokraten und der Sozialisten. Zurzeit scheinen die Nationaldemokraten, die vor dem Kriege die Versöhnung mit dem Zarismus suchten, die im Kriege dann zu dem Vielverband hinüberwechselten, die Herrschaft an sich gerissen zu haben. Sie sind die Träger des polnischen Imperialismus, der bis zum Rande mit Eroberungs- und Vergewaltigungsgelüsten gesättigt ist. Sie sind es, die die Banden in den preußischen Ostmarken ausgerüstet haben, um unter Ausnutzung der Wehrlosigkeit des Reiches vollendete Tatsachen zu schaffen. Ihnen hat Wilson zugerufen, daß jeder durch die Gewalt erworbene Besitzstand den Rechtsbrechern selbst den größten Schaden bringen muß.

Damit, daß Polen neu aufersteht, müssen wir uns absinden. Allein es hängt von den Polen ab, ob der neue Staat und das Deutsche Reich friedlich nebeneinander leben und gedeihen können. Einstweilen ist die Großmachtsucht der Polen ein unerträgliches Hindernis. Sie wollen Danzig mit Westpreußen, Oberschlesien mit dem Industriebezirk. Aber der Besitz schafft noch nicht die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Ausnutzung. Um es deutlicher zu sagen: die Polen sind nicht einmal in der Lage, geschulte Werkleiter für Fabriken und Bergwerke zu stellen, ebensowenig für die Häfen und Handelsniederlassungen an der Ostsee. Hier wären sie für absehbare Zeit auf deutsche Kräfte angewiesen, gerade so wie bisher in ihren eigentlichen Industriebezirken in Lodz und Warschau. Wilson hat aber schon vor einiger Zeit auf den Handel als wirksamstes Friedensinstrument hingewiesen. Die neue Ordnung soll eine solche der Arbeit und der gegenseitigen Duldung sein, nicht eine solche, die den nationalen Machtrausch in erster Linie befriedigt. Nicht nur Osteuropa ist daran beteiligt, daß die Rohstoffe, über die gerade Deutschland in Schlesien verfügt, rationell bewirtschaftet und verarbeitet werden. Die Polen würden die Kohlengruben versumpfen lassen, wie es im Dombrowgebiet geschehen ist würden auch aus Danzig keinen Hafen von internationaler Bedeutung machen können. Mit dürren Worten ist ihnen aus Paris zu verstehen gegeben worden, daß das, was sie jetzt tun, ihren Rechtsansprüchen schadet. Soweit diese Ansprüche tatsächlich vorhanden sind, müssen sie auf der Friedenskonferenz untersucht werden. Geschieht das objektiv, so hat Deutschland die Entscheidung nicht zu fürchten. Deutsche Arbeit hat aus Posen innerhalb hundertfünfzig Jahren ein blühendes Land geschaffen. Oberschlesien aber hat seit acht Jahrhunderten keinerlei staatliche Beziehungen mehr zu dem polnischen Erobererstaat gehabt. Westpreußen hat allerdings polnischer Oberhoheit unterstanden, indessen nicht kraft des Rechts, sondern nur durch Gewalt.

Wie es scheint, hat Wilson innerhalb des Kranzes der französischen und englischen Staatsmänner seine Auffassung der Völkergemeinschaft durchgesetzt. Wenn er am 25. Januar in Paris erklärte, daß die amerikanischen Soldaten nicht nur herübergekommen seien, um den Krieg zu gewinnen, sondern auch um seine Wiederholung unmöglich zu machen, so ist das eine deutliche Absage an den Imperialismus der Westmächte ebenso wie an die Raubgelüste der Völker im Osten. Nationale Selbstsucht, die Polen gerade so beherrscht wie den neuen Tschechenstaat, liefert keine Bausteine, die den Völkerbund zu tragen vermögen. Noch weniger gilt das, wenn Deutschland tatsächlich von jedem Kolonialbesitz ausgeschlossen werden sollte. Wir werden auch die furchtbaren Leiden der Gegenwart überwinden, und zu neuer Arbeitsenergie uns aufraffen. Ein Volk von der unzerstörbaren Größe und Mächtigkeit der Deutschen kann und wird sich nicht auf die Dauer von den Rohstoffen und Märkten der Erde ausschließen lassen. Dies gilt umsomehr, als Deutschland hinsichtlich der internationalen Verkehrsfreiheit erhebliche Zugeständnisse machen soll, die nahezu seine nationale Unabhängigkeit antasten. Der Rhein soll für jede Handelsschiffahrt frei sein, aber es wird nicht gesagt, wer außer den Anliegerstaaten die Kosten für die Rheinwasserstraße zu tragen hat. Daß Danzig Freihafen wird, wäre noch zu ertragen, wenn die Gewähr dafür gegeben wäre, daß die Polen das deutsche Gebiet als solches achten.

Wilson fühlt sich dafür verantwortlich, daß eine Wiederholung der Kriegsgefahr ausgeschlossen ist. Er muß also auch sehen, wo und von wem neue Zündstoffe aufgehäuft werden. Frankreich und England tragen hier ein angemessenes Teil Schuld. Wenn jetzt verlangt wird, daß Klein-Asien, vor allem die Bagdad-Bahn, in gewisser Hinsicht internationalisiert werden, dann muß dies auch für die französischen Kolonien gelten. Die machtpolitischen Gegensätze wären vielleicht nie so scharf geworden, hätte die französische Kolonialpolitik nicht den Grundsatz der Ausschließung aller anderen Staaten befolgt. Wilsons vierzehn Punkte geben die Möglichkeit, die gefährlichsten Reibungsflächen der internationalen Beziehungen auszuschalten. Nur müssen sie streng gegen jedermann angewandt werden. Deutschland hätte dabei die wenigsten Opfer zu bringen.

Die Hungerblockade gegen Deutschland dauert an.

Bern, 27. Januar. (Dr.) Wie der amerikanische Pressedienst aus Washington ergänzend meldet, wurde bei der Bewilligung des 1 Million-Dollar-Kredits vom Senat zur Bedingung gemacht, daß das Geld zur Unterstützung außerhalb der Mittelmächte verwendet werde. Das Repräsentantenhaus bestimmt, daß das Geld nur zur Hilfe außerhalb Deutschlands verwendet werden könnte.

Revision der Berliner Akten?

Brüssel, 27. Januar. (Dr.) Die Blätter melden, daß Belgien im Einverständnis mit Frankreich und England eine Revision der Berliner Akten fordern wird.

Wilson über Wilhelm II.

Genf, 25. Januar. Nach dem „Progres de Lyon“ steht den Franzosen eine neue Enttäuschung über Wilson bevor. Nach einem amtlichen amerikanischen Bericht spricht er sich nämlich unerwartet milde über die Frage der Schuld Wilhelms II. aus. Er würde durch Verbannung genügend bestraft werden. Als Grundlage der milderen Beurteilung soll ein Bericht dienen, den Oberst House unmittelbar vor Ausbruch des Krieges in Deutschland verfaßt hat.

Französische Strafvollstreckungen im besetzten Gebiet.

Aus Höchst a. M. wird dem Berliner „Lokal-Anzeiger“ berichtet, daß ein begüterter Landwirt aus einem Vorort, weil er aus dem französischen Lager Hafer genommen hatte, auf Anordnung des französischen Kommandeurs zwei Stunden vor dem Hoftor mit einem vorgebundenen Schild „Ich bin ein Dieb“ stehen mußte. Später wurde an dem Hoftor ein Schild angebracht, das lautete „Hier wohnt ein Dieb“. Es muß mehrere Monate hängen bleiben.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 27. Januar. (Drahtnachricht) Nach einer Havasmeldung trat die Friedenskonferenz am Vor- und Nachmittag zu einer Sitzung zusammen. Pichon gab im Ausschuß den Entwurf einer Unterweisung für die Kommission bekannt, die sich nach Polen begeben wird und in der Frankreich wahrscheinlich durch Noulens vertreten sein wird.

Die Berufung der Vertreter der Mittelmächte nach Paris

Der Vertreter des „Daily News“ auf der Friedenkonferenz will, wie es in verschiedenen Blättern heißt, melden können, daß es hoffentlich möglich sein werde, die Vertreter der Mittelmächte Ende oder Anfang April nach Paris zu berufen, vorausgesetzt, daß Deutschland bis dahin eine regelrechte Regierung habe.

Das Schicksal der deutschen Kolonien.

Berlin, 27. Januar. (Drahtnachricht.) Wie der „Berl. Lokal-Anz.“ aus Paris erfährt, war der Oberste Kriegsrat von gestern vormittag 10 Uhr ab zur Besprechung der Frage der deutschen Kolonien versammelt. Foch und England waren darüber einig, daß die Kolonien auf keinen Fall zurückgegeben werden könnten. Amerikas Absicht sei noch nicht bekannt. Falls die Anschauung der Franzosen und Engländer von den andern geteilt werde, dürfte Frankreich Anspruch auf Kamerun erheben, während Belgien die Landstriche für sich verlangt, die seine eigenen Truppen erobert hätten.

Der neue deutsche Verfassungsentwurf.

Berlin, 27. Januar. (Dr.) Das Kabinett wird sich am Dienstag vormittag mit dem Entwurf der vorläufigen Verfassung beschäftigen.

Berlin, 27. Januar. (Dr.) Am Montag haben die Regierungsvertreter der deutschen Freistaaten den Verfassungsentwurf des Staatssekretärs Dr. Preuß besprochen. Die Sitzung ist auf Donnerstag nachmittag vertagt worden, weil zahlreiche Teilnehmer nach Weimar fahren mußten, um dort eine Zusammenkunft der deutschen Finanzminister wahrzunehmen.

Ebert über die künftige Verfassung.

Ueber die verfassungsmäßige Grundlage, die das neue Deutsche Reich durch die Nationalversammlung erhalten soll, hat sich Ebert zu einem Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ geäußert:

Die Hauptsache der in der nächsten Zeit zusammentretenden Nationalversammlung wird sein, die Reichsverfassung zu beschleunigen. Das wird ein schweres Stück Arbeit werden, denn die Neugestaltung des Reiches wird mit vielem aufräumen müssen, was historisch und empfindungsgemäß dem einzelnen Deutschen ans Herz gewachsen ist. Wir hängen mehr als irgendein anderes Volk am Hergebrachten. Das hat ja die jahrhundertelang währende Kleinstaaterei nur zu sehr zu unserem Nachteil bewiesen. Aber die Revolution würde um eine ihrer notwendigsten und wertvollsten Folgerungen gebracht werden, wenn sie nicht auch auf staatlichem Gebiet mit dem aufräumen würde, was bisher nur dynastischen Zwecken gedient hat und sozusagen im Interesse der eigenen Hausmacht eines Fürsten erhalten wurde. In der neuen deutschen Republik darf es nur noch Erhaltung wirklich schätzenswerter Stammeseigenschaften geben, nicht aber einen schädlichen Partikularismus auf Kosten des großen Ganzen. Unter Partikularismus verstehe ich in diesem Sinne sowohl den Eigennutz des kleinen Bundesstaates als auch die Herrschund Vormachtsgelüste des großen. Weder Anarchie noch Hegemonie: das muß im neuen Deutschland die Parole sein. Der Verfassungsentwurf des Staatssekretärs Preuß, der bekanntlich einer der Führer der bürgerlichen Demokratie ist, ist eine gute Vorarbeit, um zu diesem großen Ziel zu gelangen. Die Reichsleitung hat sich im einzelnen noch nicht darauf festgelegt. Sie will zunächst die Vertreter der Freistaaten hören, die ja am letzten Sonnabend das große Reichsinteresse allen bezeichnend, Kritik geübt haben. Die Entscheidung muß schließlich der eingehendsten Beratung u. Beschlußfassung der Nationalversammlung vorbehalten bleiben.

Dem Entwurf wird in Preußen zum Vorwurf gemacht, er strebe eine Zerstückelung an, während in Süddeutschland ihm ein zu starker zentralistischer Zug vorgeworfen wird. In Wirklichkeit strebt er nach föderativen Prinzipien, un-

ter Ausschluß jeder Hegemoniestellung, einen Staatenbund an, der auf wirtschaftlichem Gebiet allerdings möglichst einheitlich gestaltet sein soll. Die Aussprache am Sonnabend hat gezeigt, daß eine Verständigung mit den Freistaaten in dieser Richtung wohl möglich ist. Der Gesandte von Deutschösterreich, Dr. Hartmann, hat sich mit den Grundlinien des Preußischen Entwurfes einverstanden erklärt; aber es ist eine alte Sache, daß man eine politische Gestaltung erst dann diskutieren kann, wenn einmal Schriftliches vorliegt. Unsere Freunde in Deutschösterreich sind entschlossen, einer jahrhundertalten, unnatürlichen Trennung ein Ende zu machen und nach so langem Zwang unter dem Bestimmungsrecht der Dynastien nun nur noch der Stimme des Selbstbestimmungsrechts zu gehorchen. Wir wollen nicht einen Zwang durch einen anderen ersetzen, sondern uns den Satz des Staatssekretärs Preuß im ganzen Umfang zu eigen machen: „Die Umgestaltung des territorialen Umfanges des Reiches kann freilich nicht von oben dekretiert werden, vielmehr muß die freie Selbstbestimmung der Bevölkerung nach ihren wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnissen und Neigungen die Initiative ergreifen, das Reich nur leitend, vermittelnd und schließlich sanktionierend wirken."

Die Beratungen der Sozialisierungskommission.

Berlin, 26. Januar. (W. T. B.). Die Sozialisierungskommission hat letzthin in zwei eingehenden Besprechungen die allgemeinen Grundsätze der Kommunalisierung erörtert. An der Aussprache, die in Anwesenheit von Vertretern der Behörden u. Bundesstaaten stattfand, haben sich auch einige hervorragende Kommunalpolitiker beteiligt, nämlich die Herren Oberbürgermeister und Statthalter Schwander in Straßburg i. Els., Oberbürgermeister Wermuth (Berlin), Stadtrat Löhning (Berlin), Hugo Heimann (Berlin), Oberbürgermeister Blüher (Dresden) und Senator Strindys (Hamburg). Der Beratung lag der Gedanke zugrunde, daß, ohne in die Besonderheiten der einzelnen zu kommunalisierenden Wirtschaftszweige einzugehen, allgemeine Grundsätze über die rechtlichen, wirtschaftlichen und verwaltungsmäßigen Voraussetzungen für eine Kommunalisierung gewonnen werden können. Demgemäß wurde eingehend darüber verhandelt, in welcher Weise die rechtlichen Voraussetzungen für eine Ausdehnung des gemeindlichen Wirtschaftsbetriebes auszugestalten seien. Danach wurden die Erfahrungen und Aussichten des städtischen Monopolbetriebes und der im weiteren Sinne gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen in verschiedenen Wirtschaftszweigen, namentlich der Nahrungsmittelversorgung (Milch, Fleisch, Brot) durchgesprochen. Hierbei wurden die verschiedenen Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit den Konsumgenossenschaften erörtert.

Eine eigene Sitzung galt dann dem Bau- und Wohnungsproblem, insbesondere den Fragen, ob der Eigenbau der Gemeinden oder der Bau durch gemeinnützige Organisationen vorzuziehen sei, ferner wie die Beschaffung der Baustoffe zu organisieren sei, wie die Gemeinden einen eigenen Häuserbesitz verwalten und in welcher Weise die Erhöhung der Baukosten auf die Mietpreise in den alten Häusern zurückwirkt.

Die Absicht dieser Besprechungen geht dahin, unbeschadet der Einzelerörterungen über die besonderen Wirtschaftszweige schon jetzt den allgemeinen Rahmen festzustellen, in welchem die Ausdehnung des gemeindlichen Betriebes vor sich zu gehen hätte. Es wird erwogen, der Regierung den Entwurf zu einem von Reichs wegen zu erlassenden Rahmengesetz zu unterbreiten, durch welches die Bundesstaaten zu einem einheitlichen Vorgehen in dieser Richtung anzuhalten wären. Insbesondere wäre in diesem Falle die Errichtung von Zweckverbänden benachbarter Gemeinden für den Betrieb solcher Unternehmungen zu erleichtern, welche einerseits über den Rahmen der einzelnen Gemeinden hinausgehen, andererseits aber einem lokalbegrenzten Bedarf dienen. Ferner wäre sowohl den Einzelgemeinden wie den Zweckverbänden das Enteignungsrecht zu geben.

Die Kommission behält sich vor, die Verhältnisse einzelner Wirtschaftszweige, welche für die Kommunalisierung in erster Reihe in Frage kommen, mit den Fachleuten und Interessenten zu erörtern.

Zur Besetzung Wilhelmshavens durch die Kommunisten.

Berlin, 27. Januar. (Drahtnachricht.) Wie das „Berl. Tagebl." aus Oldenburg berichtet, war es bis 11 Uhr nachts gestern unmöglich, eine Verbindung mit Wilhelmshaven zu erreichen. Man hofft aber, heute früh funkentelegraphisch die Verbindung mit Wilhelmshaven wieder aufnehmen zu können. Die Besetzung Wilhelmshavens von den Kommunisten sei als eine Art Racheakt der Spartakisten aufzufassen, die sich auf dem loyalen Wege der Wahl nicht in den Besitz der Macht zu setzen vermochten.

Teilergebnisse aus dem 3. Wahlkreis Berlin-Stadt.

Berlin, 27. Januar. (Dr.) Nach dem bis 10 Uhr abends vorliegenden Wahlergebnis wurden 956915 giltige und 2161 ungiltige Stimmen gezählt. Auf die demokratische Partei entfielen 144253, auf die sozialdemokratische Mehrheitspartei 332286, auf die Unabhängigen 267750, auf die deutschnationale Volkspartei 98365, auf die christliche 51601 und auf die deutsche Volkspartei 51062 Stimmen. Nach der vorläufigen Berechnung würden auf die Mehrheitssozialisten 7, auf die Unabhängigen 6, auf die Demokraten 3, auf den rechten Block 5 Sitze entfallen, von denen die Deutschnationalen und Christlichen 2 und die deutsche Volkspartei einen Sitz erhalten würde. — Es fehlen noch 32 Stimmbezirke.

Zur nordschleswigschen Frage.

Kopenhagen, 27. Januar. Der dänische Minister Stauning führte über die nordschleswigsche Frage aus: Ueber 30 Jahre haben wir gegen die Einverleibung von Dänen in Deutschland protestiert und jetzt, wo das Unrecht aufhören soll, beginnt man auf dänischer Seite zu agitieren, daß Dänemark deutsches Land und deutsche Bevölkerung an sich nehmen soll. Diese Bewegung ist nicht ohne Gefahr für Dänemark. Was dänisch ist, soll auch wieder dänisch werden, aber alle Pläne auf weitergehende Eroberungen müssen von allen zurückgewiesen werden, denen das Wohl Dänemarks am Herzen liegt.

Wahl zur preußischen Landesversammlung im Landkreise Thorn.

Zum Vergleich sind die Ergebnisse der Wahl zur Nationalversammlung beigefügt.

Thorn Land	Deutsch-demokratisch Zur Landesversam.	Deutsch-demokratisch Zur Nation.-versaml.	Deutsch-national Zur Landesversaml.	Deutsch-national Zur Nation.-versaml.	Zentrum Zur Landesversaml.	Zentrum Zur Nation.-versaml.	Mehrheits-sozialisten Zur Landesversaml.	Mehrheits-sozialisten Zur Nation.-versaml.	Unabhängige Sozialisten Zur Landesversaml.	Unabhängige Sozialisten Zur Nation.-versaml.	Ungültig 3. Land.-versaml.	Ungültig 3. Nati.-versaml.
Culmsee	369	388	704	811	50	57	102	87	1	23	2	52
Bachau	34	61	29	34	—	—	24	12	—	—	—	—
Baltau	66	65	9	9	—	—	5	4	—	—	—	—
Bildschön	5	8	98	87	—	—	—	—	—	—	—	—
Biskupitz	2	3	24	26	—	—	—	—	—	—	—	—
Gr.-Bösendorf	229	249	166	184	—	—	73	76	—	—	—	—
Browina	1	—	27	46	—	—	—	—	—	—	—	—
Bruchnowko	1	—	26	26	—	—	—	—	—	—	—	—
Dreilinden	51	60	104	113	—	—	3	3	—	—	—	—
Elisenau	56	61	7	2	—	—	—	—	—	—	—	—
Friedenau	7	10	16	17	—	—	1	1	—	—	—	—
Girkau	13	26	55	38	—	—	26	25	—	—	—	—
Gostgau	73	63	100	115	—	—	—	—	—	—	—	—
Grabowitz	5	6	109	108	—	—	2	4	—	—	—	—
Gramtschen	167	288	170	147	—	—	97	72	—	—	—	—
Griffen	11	10	45	52	—	—	1	—	—	—	—	—
Grodno	—	1	11	14	6	6	—	—	—	—	—	—
Gurske	31	34	175	197	—	—	—	3	—	—	—	—
Heimsoot	—	—	16	15	—	—	—	—	—	—	—	—
Hermannsdorf	90	105	63	64	—	—	5	4	—	1	—	—
Hohenhausen	83	116	54	21	—	—	—	3	—	—	—	—
Kompanie	38	36	81	38	—	—	12	—	—	—	—	—
Kostbar	57	63	152	163	3	2	26	21	—	—	—	—
Kunzendorf	—	2	32	32	—	—	—	—	—	—	—	—
Leibitsch	106	171	74	56	2	3	111	108	—	—	—	—
Lissomitz	3	6	2	4	3	3	—	—	—	—	—	—
Lonzyn	14	16	—	5	6	6	—	1	—	—	—	—
Luben	69	82	127	134	—	2	1	5	—	—	—	—
Lulkau	10	10	140	134	—	—	1	3	—	—	—	—
Mlyniec	33	59	25	14	—	—	9	—	—	—	—	—
Nawra	—	6	—	3	—	3	—	—	—	—	—	—
Neubruch	185	241	17	12	—	—	22	4	—	—	—	—
Neugrabia	—	108	—	47	—	2	—	5	—	—	—	—
Gr.-Nessau	22	25	118	107	—	—	18	34	—	—	—	—
Ostichau	13	25	61	45	—	—	—	—	—	—	—	—
Ottlotschin	88	94	46	67	—	—	27	21	—	—	—	3
Thorn-Papau	15	12	47	51	3	6	—	14	—	—	—	—
Dom. Papau	11	12	26	23	2	7	—	—	—	—	—	—
Pensau	250	280	69	48	—	—	11	54	—	—	1	—
Podgorz	840	877	272	318	66	67	375	398	—	—	—	—
Regencia	90	110	52	67	—	2	34	22	—	—	—	—
Reutschkau	101	115	118	103	3	—	3	2	—	—	—	—
Dt Rogau	33	42	48	41	—	—	—	—	—	—	—	—
Gr. Rogau	52	74	64	78	—	—	22	13	—	—	—	—
Roßgarten	55	67	38	15	—	—	62	78	—	—	—	—
Rudak	218	373	215	256	11	5	227	247	6	18	—	5
Sachsenbrück	47	81	54	34	—	—	17	20	—	—	—	—
Scharnau	57	77	45	43	—	—	107	108	—	—	—	—
Schönwalde	13	13	28	30	—	—	145	158	—	—	1	—
Schwarzbruch	118	196	156	95	—	—	13	34	—	—	—	—
Seglein	115	151	44	32	—	—	—	—	—	—	—	—
Steinau	56	50	69	77	1	1	—	7	—	—	—	—
Stewken	93	123	153	181	3	3	65	57	—	—	—	—
Schwirsen	64	80	30	34	3	—	—	—	—	—	—	—
Swierczynko	3	—	63	60	5	—	—	5	—	—	—	—
Turzno	17	14	14	18	—	—	—	5	—	—	1	—
Wibsch	2	2	19	19	1	1	—	12	—	—	—	—
Wolfserbe	4	8	28	26	1	5	—	—	—	—	—	—
Ziegelwiese	—	108	—	41	—	—	—	41	—	—	—	—
Zlotterie	38	18	70	89	—	—	1	14	—	—	—	—
Schillno	95	115	73	69	—	—	—	4	—	—	—	—
Zusammen	4318	5531	4678	4885	169	481	1648	1789	7	42	5	60

Mackensens Gefangenschaft.

Berlin, 26. Januar. Nach zuverlässigen Nachrichten befindet sich Feldmarschall Mackensen in Futak im Schloß des Grafen Chotek mit zehn Herren seines Stabes, wahrscheinlich wird er dort bleiben. 500 Spahis bewachen das Schloß. Die Gefangenschaft ist sehr hart. Innerhalb des Parks nahe am Schloß ist ein Drahtzaun gezogen. Der Marschall darf nur innerhalb dieses eng begrenzten Raumes spazieren gehen und ist auch sonst abgeschlossen von jedem Verkehr mit der Außenwelt. Der junge Graf Eltz als stellvertretender Hausherr darf sich in den Räumen Mackensens täglich nur eine Stunde aufhalten, und nur in Gegenwart der Wache mit ihm sprechen.

Das Auswärtige Amt hat erneut Schritte getan, um auf eine mildere Behandlung des Feldmarschalls hinzuwirken unter Hinweis, daß selbst der von uns bezüglich der Armee Mackensen nicht anerkannte Waffenstillstand zwischen Ungarn und der Entente nur eine Internierung, aber keine Gefangenschaft durch Ungarn vorsah.

Paderewskis Einspruch gegen das Vorrücken der Tschecho-Slowaken.

Warschau, 27. Januar. (Drahtnachricht.) Tschecho-Slovakisches Preßbüro. Ministerpräsident Paderewski sandte an die Regierung der tschecho-slovakischen Republik eine Protestnote wegen des Vorrückens der tschecho-slovakischen Truppen.

Der Bolschewismus auch in England?

Amsterdam, 27. Januar. (Drahtnachricht.) Dem „Allgemeinen Handelsblatt" zufolge berichtet die „Times", daß am 18. 1. in London eine bolschewistische Versammlung abgehalten wurde. In der Versammlung wurde die Organisierung des Generalstreiks als erster Schritt zur Revolution besprochen.

Wiederaufrichtung der Republik in Portugal.

Lissabon, 27. Januar. (Drahtnachricht.) Die Regierung hat Jose Relvas damit beauftragt, ein neues Kabinett zu bilden.

Lissabon, 27. Januar. (Drahtnachricht.) Havas. Die flüchtigen Aufständischen wurden verhaftet und gefangen gesetzt. Die revolutionäre Bewegung ist zu Ende. Im Norden des Landes wurden gegen Oporto, Braganza und Vizeu Truppen zusammengezogen. Die Republik wurde wieder aufgerichtet.

Aus Stadt und Land.

Thorn, 28. Januar.

— **Das amtliche Ergebnis der Wahl zur Nationalversammlung in Westpreußen.** Die amtliche Feststellung des Wahlergebnisses im zweiten Wahlkreis (Westpreußen) hat zu dem Ergebnis geführt, daß sich die Mandate wie folgt verteilen: Mehrheitssozialisten 4, Demokraten 3, Deutschnationale 3, Christliche Volkspartei 1, während bis jetzt gemeldet wurden: 5 Mehrheitssozialisten, 2 Deutschnationale, 3 Demokraten und 1 Christliche Volkspartei. Das 3. deutschnationale Mandat fällt Dr. Rösicke zu. Nach dem anfangs bekanntgewordenen vorläufigen Ergebnis hätten sich die Deutschnationalen mit 2 Sitzen begnügen müssen.

— **Das Ergebnis der Wahl zur preußischen Landesversammlung aus dem Landkreise Thorn** zeigt nach der von uns gegebenen vergleichenden Uebersicht gegenüber der Wahl zur Nationalversammlung einen merklichen Rückgang der Wahlbeteiligung. Davon wurde am stärksten die Deutschdemokratische Partei in Mitleidenschaft gezogen, die bei der Wahl zur Nationalversammlung auf dem Lande am meisten Stimmen auf ihre Liste zu vereinigen vermochte. Die von gegnerischer Seite mit allen Mitteln der Entstellung betriebene Hetze ist nicht ohne Wirkung geblieben. Trotz alledem beweisen die beiden Wahlen, daß die Zeiten vorüber sind, in denen das platte Land den Konservativen nahezu uneingeschränkte Gefolgschaft leistete. Die Beschützer des preußischen Dreiklassenwahlrechts die Reaktionäre und Kriegsverlängerer, die sich in der Deutschnationalen Volkspartei zusammengefunden haben, sind heute auch im Osten Deutschlands nicht mehr die alleinigen Herren der Lage. Sie jubeln zwar augenblicklich darüber, daß sie nicht überall ganz so schlecht abgeschnitten haben wie sie vielleicht selbst befürchteten, aber das Lachen wird ihnen vergehen, wenn sie die Zusammensetzung des früheren preußischen Landtages mit der der kommenden preußischen Landesversammlung vergleichen.

— **Truppenverlegung.** Das Inf.-Regt. 140 ist bekanntlich von Hohensalza nach Neustettin verlegt worden. Nunmehr werden auch das Inf.-Regt. 49 von Gnesen nach Köslin und das Drag.-Regt. 12 von Gnesen nach Stargard i. P. verlegt.

— **Die preußische Regierung und die deutschen Volksräte in Westpreußen.** Die preußische Regierung steht der Bildung der deutschen Volksräte in Westpreußen nicht nur sympathisch gegenüber, sondern hat auch ihre weitestgehende Hilfe in Aussicht gestellt. So hat der Minister des Innern an den deutschen Volksrat in Danzig telegraphiert: Die preußische Regierung begrüßt die Bildung eines deutschen Volksrates in Danzig und dankt für die Uebersendung der Entschließung am Neujahrstage. Sie wird den in diese Entscheidung aufgestellten Forderungen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zum Siege verhelfen. Deutsches Land soll deutsch bleiben. Preußische Regierung. Gez. Hirsch. — Der Finanzminister Dr. Südekum hat auf die übermittelten Forderungen zur Abwehr der polnischen Bewegung geantwortet: Von der mir übermittelten Entscheidung des deutschen Volksrates in Danzig habe ich mit bestem Dank Kenntnis genommen. Energische Maßnahmen von Seiten der preußischen Regierung werden sofort ergriffen werden. Ich wünsche Ihren Bestrebungen besten Erfolg. gez. Südekum. — Staatssekretär Erzberger nimmt als Vorsitzender der deutschen Waffenstillstandskommission folgenden Standpunkt ein: Ich stimme vollkommen der Tendenz und der Resolution des deutschen Volksrates in Danzig bei. Ich werde nach Kräften das Meinige tun, um eine Loslösung deutscher Gebietsteile vom Vaterlande zu verhindern und bin damit der Unterstützung aller deutschen Patrioten sicher. Was die militärische Frage anbelangt, so bin ich für dieselbe nicht zuständig. Ich nehme aber an, daß inzwischen von der Reichsregierung die nötigen Maßregeln gegen polnische Uebergriffe in die Wege geleitet sind. Hiernach darf angenommen werden, daß die Reichsregierung endlich energische Schritte unternimmt, welche Westpreußen von der drückenden polnischen Gefahr befreien.

— **Bildung eines technischen Sachverständigenausschusses für die Friedensdelegation.** Zufolge der zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Bunde Technischer Berufsstände gepflogenen Vereinbarungen fand am 23. Januar 1919 im Ingenieurhaus eine Zusammenkunft von Abgeordneten der gesamten deutschen Ingenieur-Vereine statt, um einen technischen Sachverständigenausschuß für die Friedensdelegation zu bilden. Es wurde das ganze Gebiet der Technik in 20 Fachgruppen zerlegt und die weitere Organisation dieser Fachgruppen den zuständigen technisch wissenschaftlichen Fachvereinen übertragen. Die Zusammenfassung dieser Fachgruppen und die weiteren Verhandlungen mit dem Auswärtigen Amt liegen in der Hand des Bundes technischer Berufsstände in Berlin W. 9, Potsdamerstr. 118c.

— **Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse.** Ein Erlaß des Kriegsministeriums (Kriegsamtes) verfügt im Anschluß an die Regierungs-Verordnung vom 23. Dezember 1918 über „Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten", worin die Bildung neuer Schlichtungsausschüsse anstelle der bisherigen angeordnet wurde, Folgendes: Die Kriegsamtsstellen treten unverzüglich mit den für die Bildung der neuen Schlichtungsausschüsse zuständigen Landeszentralbehörden, in Preußen den Regierungspräsidenten, für Berlin den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, in Verhandlung über die etwaige Uebernahme der Geschäftsräume, des Personals und der Einrichtungsgegenstände der bisherigen Schlichtungsausschüsse. Dem für eine Uebernahme nicht in Frage kommenden Teil des Personals ist zu kündigen; entsprechend ist mit den Geschäftsräumen zu verfahren. Gleichzeitig werden die Vorsitzenden und stellv. Vorsitzenden der bisherigen Schlichtungsausschüsse ihrer Stellungen enthoben.

— **Reichsverband Ostschutz.** Die sämtlichen Groß-Berliner Vereine, welche sich mit ostdeutschen Angelegenheiten satzungsgemäß beschäftigen, haben sich zu einem Bunde zusammengeschlossen, um unter einheitlicher Leitung für eine restlose Niederwerfung des polnischen Aufstandes der gegenwärtigen Reichsgrenzen im Osten zu wirken. Die Geschäftsräume des Bundes (Reichsverband Ostschutz) befinden sich in Berlin W. 57, Potsdamer Straße 75.

— **Verbleib deutscher Behörden und Akten in Polen.** Da die deutschen Behörden in Polen gezwungen waren, ihre Tätigkeit abzubrechen, sind schwerwiegende Interessen deutscher Firmen in große Gefahr geraten. Zahlreichen Firmen wird daran liegen, Informationen über bei diesen Behörden anhängig gemachte

schwebende Angelegenheiten zu erlangen und den Verbleib ihrer diesen Behörden übergebenen Akten u. dgl. festzustellen. Wir verweisen daher auf eine Mitteilung des Deutsch-Russischen Vereines, E. V., Berlin SW. 11, nach der Anfragen wegen des Verbleibes der Akten der Gerichtsbehörden und Justiz kommissariate in den vormals besetzten Gebieten an folgende Stellen zu richten sind: a) für Polen: an den Verwaltungschef Warschau (Abwickelungsbehörde) in Berlin, Luisenstr. 31a, b) für Litauen: an die Abwickelungsbehörde der Zivilverwaltung für Litauen, Berlin, Schlüterstraße 48, c) für die baltischen Lande: an die Abwickelungsstelle der Zivilverwaltung für die baltischen Lande, Berlin, Potsdamerstraße 126.

— **Auf Befehl des polnischen Armeeoberkommandos in Posen** ist der private Telegramm- und Fernsprechverkehr nach außerhalb des von den Polen besetzten Gebietes der Oberpostdirektionen Posen und Bromberg von Sonnabend ab eingestellt. Von der Beförderung ausgeschlossen sind fernerhin: Briefe von Privatpersonen von und nach den von den polnischen Truppen nicht besetzten Gebieten. Zur Beförderung im Privatverkehr zugelassen werden außer Karten Geschäftsbriefe, die offen aufgeliefert werden müssen.

— **Für die Zwecke des polnischen Heeres** hat dem „P. T." zufolge Rittergutsbesitzer v. Kurnatowski-Goscieszyn den Betrag von 50000 Mark gespendet, wofür ihm vom Generalleutnant Dowbor-Musnicki ein Dankschreiben zugegangen ist.

— **Zu den unlauteren Arbeitsmethoden des polnischen Depeschendienstes** bemerkt der „Ilustrowany Kurjer Codzienny" vom 16. Januar: „Die polnische Presse hat schon mehrfach feststellen müssen, daß die durch die amtliche Polnische Telegraphenagentur (P. A. T.) in Warschau gebrachten Nachrichten entweder verspätet oder sehr ungenau oder sogar falsch sind. Als besonders bezeichnend erinnern wir an das Telegramm vom Dezember vorigen Jahres über die angeblich begonnene Landung der Truppen Hallers in Danzig. Diese Nachricht war bekanntlich vollständig aus den Fingern gesogen und hat eine bedeutende Verwirrung angestiftet, wobei die P. A. T. noch obendrein meldete, daß die angeblich durch die Polen nach Danzig entsandte Delegation zur Begrüßung der ankommenden Heere durch die Deutschen festgehalten worden sei." Nach Aufzählung einiger weiterer Falschmeldungen, die sich auf die Tätigkeit des Obersten Wade in Warschau, den Empfang der Delegation des Kommandanten Pilsudski in Paris und den Anschluß Posens an Polen beziehen, schließt der Artikel: „Im Namen des öffentlichen Interesses fragen wir daher, wie es überhaupt möglich sein kann, daß amtliche Nachrichten, die von der breitesten Allgemeinheit als unbedingt sicher und zuverlässig aufgenommen werden müßten, zur Vergrößerung der gegenwärtigen Verwirrung beitragen, indem sie bei dem einen unnötige Aufregung und bei dem andern ein Schmerzgefühl erwecken. Wir erwarten eine eingehende Aufklärung der oben beschriebenen Tatsachen."

— **Beschränkte Zulassung von Zeitungen in das von Engländern besetzte deutsche Gebiet.** Bezüglich der Zulassung von Zeitungen aus dem neutralen oder nichtbesetzten deutschen Gebiet nach dem durch die Engländer besetzten Teil Deutschlands wird bestimmt, daß die Einfuhr mit Ausnahme amtlicher Anzeigen, Wochenschriften sowie wissenschaftlicher und technischer Schriften, für die der englische Militärgouverneur auf Antrag Genehmigung erteilt verboten ist. Der Reichsbank ist von der Entente ein ungehemmter Briefverkehr mit dem besetzten Gebiet zugestanden worden, soweit er ausschließlich dienstliche Sachen betrifft.

— **Die Provinzialkartoffelstelle** hatte bei der Reichskartoffelstelle beantragt, eine generelle Verfügung dahin zu erlassen, daß Lieferer und Bezieher darauf hingewiesen werden, daß Anbieten und Fordern höherer Einmietungsgebühren als 1,25 Mk. für den Zentner Kartoffeln unstatthaft sind und daß Verstöße gegen diese Anordnungen verfolgt werden. Darauf antwortete die Reichskartoffelstelle: „Zu der dort gewünschten generellen Anordnung dürfte keine Veranlassung vorliegen. Soweit der Reichskartoffelstelle Uebertretungen bekannt werden, wird das Erforderliche veranlaßt. Im übrigen wird ergebenst anheimgestellt, von dort aus die Kommunalverbände des dortigen Bezirks darauf hinweisen zu wollen, daß die Forderung bezw. Annahme einer höheren Aufbewahrungsgebühr unstatthaft ist."

— **Die Kartoffel- und Fleischration. Da der gegenwärtige Stand unserer Kartoffelvorräte eine möglichst sparsame Wirtschaft erfordert, hat der Staatssekretär des Reichs-Ernährungsamts zur Streckung der vorhandenen Bestände angeordnet, daß vom 3. Februar ab die wöchentliche Kartoffelration der Versorgungsberechtigten in sämtlichen Kommunalverbänden auf fünf Pfund herabgesetzt wird. Von dem gleichen Zeitpunkte ab hat eine Senkung der täglichen Ration der Selbstversorger von 1½ auf ein Pfund zu erfolgen. Die Reichskartoffelstelle ist angewiesen, das Nähere zu veranlassen. Um für die notwendig gewordene** Einschränkung der Kartoffelversorgung einen Ausgleich zu schaffen, soll vom 3. Februar an die **Wochenkopfmenge Fleisch** für die Versorgungsberechtigten um je 100 Gramm erhöht **werden**, sodaß statt der bisherigen 100 Gramm in Gemeinden bis 50000 Einwohner 200, statt 150 Gramm in Gemeinden von 50000 bis unter 100000 Einwohner 250 Gr. und statt der 200 Gramm in den Gemeinden von 100000 und mehr Einwohnern 300 Gr. auf den Kopf wöchentlich unter Wegfall der Schwer und Schwerstarbeiterzulagen, abgesehen von den Zulagen für Bergarbeiter unter Tage, die bestehen bleiben, gleichmäßig an alle Versorgungsberechtigten zur Ausgabe gelangen. Gleichzeitig ist die den Selbstversorgern zustehende Wochenmenge von 400 Gramm wieder auf den früheren Satz von 500 Gramm **erhöht worden.**

— **Die Preise für Bohnen- und Herbstgemüsekonserven.** Die Gemüsekonserven-Kriegsgesellschaft in Braunschweig veröffentlicht im „Reichsanzeiger" Nr. 12 eine Bekanntmachung über die diesjährigen Hersteller-, Groß- und Kleinhandelspreise für Bohnen- und Herbstgemüsekonserven. Die Kleinhandelspreise müssen auf jeder Dose vermerkt sein.

— **Neue Seifenkarten.** Anscheinend bestehen immer noch Zweifel über die Form der neuen Seifenkarten. Die Seifenkarte, die für die Monate Februar bis Juli 1919 gilt, entspricht dem bisher üblichen Muster, wie es durch die Bekanntmachung zur Abänderung der Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über den Verkehr mit Seife, Seifenpulver und anderen fetthaltigen Waschmitteln vom 17. Juni 1915 vorgeschrieben ist. Es wird darauf hingewiesen, daß eine Aenderung des Musters der Seifenkarte demnach nicht erfolgt ist. Es sind nur die Zeitangaben der neuen Gültigkeitsdauer entsprechend geändert.

— **Eine Abschiedsfeier** veranstalteten am vergangenen Sonnabend in den oberen Räumen des Artushofes die Leiter der Instandsetzungswerkstätten der Thorner Kriegswohlfahrtspflege anläßlich der durch die Demobilmachungsbestimmungen notwendig gewordenen Auflösung der Betriebe, die bekanntlich unter dem Protektorat des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Hasse standen. Die Feier, an der rund 1000 Personen teilnahmen, wurde durch Herrn Inspektor Wohlfeil mit einer Rede eröffnet, in der er die Angestellten der Betriebe und die erschienenen Gäste, darunter Herrn Oberbürgermeister Dr. Hasse, begrüßte und sodann in gedrängter Form einen Ueberblick über die Entstehung und Entwicklung der Instandsetzungswerkstätten gab, die aus kleinsten Anfängen heraus, dem sich steigernden Bedürfnis nach Verwertung der aus dem Felde verbesserungsbedürftig eingehenden Bekleidungsstücke entsprechend, sich zu ihrem heutigen Umfang entwickelten. Unter der tatkräftigen Förderung von Frau Oberbürgermeister Dr. Hasse leisteten die Betriebe bald Hervorragendes. So setzte sich die Jahresleistung u. a. aus folgenden wieder instandgesetzten Militär-Kleidungsstücken zusammen: 20334 Waffenröcke, 19015 Hosen, 9164 Mäntel, 29389 Hemden, 32000 Unterhosen, 48453 Stück Schuhzeug etc., ein schlagender Beweis für die Wichtigkeit und Leistungsfähigkeit der Werkstätten. Diese wurden auch bald noch in anderer Beziehung musterhaft und zwar durch die Einrichtung eines Kinderhortes, Schaffung eines Arbeitsausschusses für die Interessenvertretung der Arbeitnehmer, sowie Gründung einer Unterstützungskasse für die Bedürftigen und Armen. Wahrhaft erhebend aber war die Arbeitsfreudigkeit und das Zusammengehörigkeitsgefühl, das die Arbeiter untereinander und diese mit der Leitung einte, ein Umstand, der nun die Trennung umso schwerer gestaltet. Redner schloß mit dem Wunsche, daß die entlassenen Arbeiter und Arbeiterinnen die Uebergangszeit gut überstehen und ihre Treue in neuen Wirkungskreisen durch energische und tatkräftige Arbeit weiterhin beweisen möchten. Der Ansprache folgte ein bunter Unterhaltungsteil, der neben ernsten und heiteren Liedern, gesungen von Frau Oberbürgermeister Dr. Hasse und Frau Edith Wohlfeil, humorvolle Deklamationen, farbenprächtige, graziöse Reigen und Tänze in reicher Folge brachte. In Fröhlichkeit und Freude endigte das Fest in schönster Harmonie weit nach Mitternacht.

— **Der Stenographen-Verein Stolze-Schrey** hält Donnerstag seine Hauptversammlung im Hotel Dylewski ab. Aus dem Felde zurückgekehrte frühere Mitglieder, die dem Verein wieder beizutreten wünschen, werden gebeten, an der Versammlung teilzunehmen; auch werden Anmeldungen zu einem neuen Anfängerkursus entgegengenommen.

— **Schmuggel mit Tausendmarkscheinen.** Der Schmuggel mit Reichsbanknoten, der jetzt einen großen Umfang annimmt, hat dem „Berl. Tgbl." zufolge in den letzten Tagen wiederholt zu Verhaftungen geführt. So wurden in Emmerich mehrere Personen, bei denen man über eine Million deutscher Banknoten in den Kleidern eingenäht fand, und in Kreuzlingen an der Schweizer Grenze drei Personen, denen 275000 Mark Papiergeld abgenommen werden konnten, verhaftet. Die Zentrale dieses Handels bildet nach den Ermittelungen der Kriminalpolizei Berlin, und hier das alte Scheunenviertel. In der Grenadierstraße und Umgebung hausen galizische Händler, die als Spezialität den Ankauf von deutschen Banknoten betreiben. Sie suchen vor allem die Reichsbanknoten mit dem roten Stempel, Tausend- und Hundermarkscheine, die noch unter der alten Regierung ausgegeben wurden, herauszulocken. Das wird ihnen auch nicht allzuschwer. Denn sie zahlen für den Tausendmarkschein 1200 Mark und für den Hundertmarkschein 120 Mark. Die Hintermänner der Aufkäufer sitzen im Ausland. Ihre Agenten zahlen für einen Tausendmarkschein 1250 Frcs. den alten Kurs, den Satz, den auch die Franzosen den Elsässern bewilligen, um sie schadlos zu halten. Die Aufkäufer lassen sich die meistens sehr hohen Beträge in Schecks auf französische Banken zahlen. Sie erhalten so für 1250 Francs nach dem heutigen Markkurs ungefähr 2000 Mark. So bleibt ihnen an jedem Tausendmarkschein ein Ueberschuß von ungefähr 800 Mark. Die eigentliche Gefahr aber besteht darin, daß die ausgeführten Banknoten im Auslande gesammelt und zu guter Letzt der Reichsbank präsentiert werden. Diese muß dann den Goldschatz dafür hergeben. Diese Gefährdung des Nationalvermögens hat die Kriminalbehörden zu besonderen Maßregeln veranlaßt, die hoffentlich von durchgreifendem Erfolg sein werden. Der Kriminalpolizei gelang es wieder, einen gewerbsmäßigen Geldschmuggler zu verhaften. Am Anhalter Bahnhof wurde der aus Kattowitz stammende Uhrmacher David Bukaczinski abgefaßt der noch ein Paket Tausendmarkscheine mit rotem und grünem Stempel bei sich hatte.

— **Mitteilungen der öffentlichen Wetterdienststelle.** Mittwoch, den 29. Januar 1919: Wolkig, fortdauernd kalt, strichweise etwas Schnee.

Graudenz. Eisenbahnunglück. Montag früh 6.32 ist ein von Gruppe kommender Kohlenzug infolge Ueberfahrens des nicht beleuchteten auf halt stehenden Signals auf Bahnhof Dragaß dem Personenzuge 584, welcher rangierte, in die Flanke gefahren. Bei dem Zusammenstoß sind 8 Wagen entgleist und beschädigt. Ein Soldaten ist getötet und 6 Reisende sind leicht verletzt.

Graudenz. Einer Gasvergiftung zum Opfer gefallen ist das Arbeiter R'sche Ehepaar in der Bischofsstraße. Der Mann ist gestorben, die Frau konnte ins Leben zurückgerufen werden. — Gas- und Elektrizitätswerk werden wohl nur noch für Tage aufrechterhalten werden können. Die Polizeistunde ist auf 9 Uhr abends festgesetzt. — Aus dem Arresthaus befreit wurden von etwa 40 Pionieren des Pion.-Batls. 23 etwa 8 Mannschaften, die durch den Bataillonsführer und den Soldatenrat mit Arrest von 3—4 Tagen bestraft waren. Die Wache wurde überwältigt und der Arrestaufseher mußte unter Bedrohung mit dem Revolver die Zellen öffnen. Befreit wurde u. a. auch ein zu Zuchthausstrafe Verurteilter, der aber inzwischen wieder ergriffen worden ist.

Marienwerder. Beraubt. Seiner Brieftasche mit 4800 Mark Inhalt beraubt wurde der Fleischermeister K. von hier. Vor kurzem hatte er in einer hiesigen Wirtschaft gezecht und sich dann am Abend auf den Heimweg begeben. Ein Unbekannter in Feldgrau war ihm gefolgt, hatte ihm die Brieftasche, die etwas aus der Rocktasche herausschaute entrissen und war dann verschwunden. Der Verdacht lenkte sich auf einen gewissen Korschanowski. Eine bei ihm vorgenommene Haussuchung förderte 4500 Mark zutage, die hinter einem Bilde versteckt worden waren. Die Brieftasche nebst den restlichen 300 Mark fehlten. Der in der Mitte der Zwanziger stehende Täter wurde verhaftet.

Schwarzenau. Keine Wahl. Die Wahl zur deutschen Nationalversammlung konnte hier nicht stattfinden, weil kein Wahlvorstand im Wahllokal erschienen war. Die zahlreichen deutschen Wähler mußten daher wieder umkehren. In der Umgegend haben die Wahlen stattgefunden.

Elbing. Kampf zwischen Einbrechern und Soldaten. Eine Bande von 7 Personen hatte erfahren, daß der Hofbesitzer Winkler in dem nahe bei Elbing gelegenen Dorfe Grunau-Höhe 17000 M. im Hause aufbewahrt, und beschloß, ihm in der Nacht zum letzten Sonntag einen „Besuch" abzustatten. Der Plan wurde jedoch verraten. Die Militärbehörde in Elbing wurde benachrichtigt und die Soldaten mit einem Kraftwagen nach Grunau-Höhe befördert. Zwischen den Soldaten und den mit Schußwaffen versehenen Einbrechern entspann sich eine förmliche Schlacht, wobei es auf beiden Seiten Verwundete gab. Vier der Räuber wurden verhaftet und dem Justizgefängnis in Elbing zugeführt.

Danzig. Die Pockenerkrankungen nehmen in Danzig immer noch an Umfang zu. Wie die „Danz. Ztg." erfährt, sind seit dem ersten Auftreten der Pocken, Mitte Dezember, bis zum 21. Januar in Danzig acht Personen der Seuche erlegen, vier Frauen und vier Kinder. Die Zahl der Erkrankten ist inzwischen auf über 30 gestiegen, die sich in der Isolierabteilung des städtischen Krankenhauses befinden. Die Neuerkrankungen betragen täglich zwei bis drei Personen, darunter jetzt auch erwachsene männliche Personen.

Tremessen. Unglücksfall. Beim Häckselschneiden mittels Göpels lief der Schulknabe Robert Welke in Schiersdorf, Kreis Mogilno über die Transmissionswelle, von der er erfaßt, mehrmals herumgeschleudert und auf der Stelle getötet wurde.

Znin. Verschleppt. Seit dem 12. d. Mts, dem Tage der Besetzung der Stadt durch die Polen, wird der Inhaber des Uhrengeschäfts Roeske, ein 53 Jahre alte Herr, vermißt; es wird angenommen, daß er von den Polen verschleppt worden ist. Das Geschäft haben die Polen vollständig ausgeplündert, nur das Werkzeug ließen sie zurück.

Posen. Freilassung von Geiseln. Der polnische Volksrat hat auf das von der preußischen Regierung wegen Freilassung der Geiseln gerichtete Telegramm eine Antwort erteilt, in der er zunächst eine Reihe von Fällen angibt, in denen Polen von deutscher Seite unmenschlich oder mit größter Härte behandelt, als Geiseln verhaftet, sowie polnische Orte und polnisches Eigentum durch deutsche Soldaten geschädigt worden wären. Sodann heißt es weiter: Der bedauerliche Unglücksfall im Kernwerk beruhte darauf, daß Gutsbesitzer von Mara Radlitz und seine Genossen die Wachtmannschaften überfielen. Obduktion der Leichen ist von einer gemischten Kommission von Polen und Deutschen vorgenommen, strengste gerichtliche Untersuchung im Gange. Wir sind bereit, alle Geiseln und Internierten zu entlassen unter der Bedingung, daß sämtliche Polen aus Posen, Westpreußen, Ostpreußen und Schlesien und die polnischen Rückwanderer, die im Zusammenhang mit den letzten Vorgängen in den Provinzen Posen, Brandenburg, Westpreußen, Ostpreußen und Schlesien in Haft genommen wurden, entlassen worden. Wir haben unsere Organe beauftragt, ein Verzeichnis der von polnischer Seite festgenommenen Geiseln und Gefangenen anzufertigen und werden es möglichst bald einreichen; erbitten gleichfalls Verzeichnis der deutscherseits verhafteten Polen. Anmerkung: Gutsbesitzer von Mara Radlitz und seine Begleiter sind in das Kernwerk von Posen als Gefangene, also, nachdem sie vorher entwaffnet worden waren, eingeliefert worden. Wie sie unter diesen Umständen ihre Wachtmannschaften überfallen konnten, ist unerfindlich.

Kirchliche Nachrichten.

Mittwoch, den 29. Januar 1919.

Baptistengemeinde (Heppnerstraße). Abends 7 Uhr: Bibel- und Gebetsstunde. Herr Pred. Wesser.

Bekanntmachung.

Seit dem 1. d. Mts. hat der hiesige Versorgungsbezirk keine Brennstoffzufuhr mehr erhalten.

Die bei den Händlern noch vorhandenen geringen Vorräte werden unbedingt zur Befriedigung des ärmsten Teiles der Bevölkerung gebraucht.

Da z. Zt. Kohlen und Briketts an bemittelte Einwohner leider nicht mehr abgegeben werden können, ersuchen wir dringend, die vorhandenen Vorräte durch Verfeuerung von Torf, Koks, Braunkohle und Holz zu strecken.

Thorn, den 27. Januar 1919.

Ortskohlenstelle.

Kartoffelverbrauch.

Einer Reihe von Haushaltungen ist zur eigenen Einkellerung die dem geltenden Rationssatze entsprechende Kartoffelmenge für den Winter — und darüber hinaus — überwiesen worden. Nach uns zugegangenen Mitteilungen wird aber von einzelnen Verbrauchern der festgesetzte Wochenkopfsatz von 7 Pfund nicht eingehalten, sondern unter Eingriff in den eingekellerten Wintervorrat überschritten. Dieses Verfahren läßt auf eine gefährliche Sorglosigkeit des Verbrauchers, vielleicht hervorgerufen durch die allgemein verbreitete Annahme einer außerordentlich guten Kartoffelernte, schließen.

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, **daß mit den Kartoffelvorräten unter allen Umständen die größte Sparsamkeit geübt werden muß und der vorgeschriebene Wochenkopfsatz nicht überschritten werden darf. Die durch nachlässige Behandlung oder unzulässigen Mehrverbrauch entstandenen Ausfälle können später nicht durch Zuweisung weiterer Kartoffeln ausgeglichen werden.** Auch ist der Haushaltungsvorstand für die pflegliche Behandlung der Kartoffeln verantwortlich und verpflichtet, dieselben fortgesetzt durchzusammeln.

Unsere Sachverständigen sind angewiesen, in den nächsten Tagen Kellerrevisionen vorzunehmen, um die Befolgung obiger Vorschriften nachzuprüfen und jede Uebertretung zur Anzeige zu bringen.

Thorn, den 24. Januar 1919.

Der Magistrat. Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Bekanntmachung.

Die nächste

Zahlung der Familienunterstützung

findet im **Magistrat-Sitzungssaal** (Zimmer 16) statt und zwar:

am Freitag, den 31. Januar für die Buchstaben A bis K
am Sonnabend, den 1. Februar „ „ „ L „ R
am Montag, den 3. „ „ „ „ S „ Z.

Es wird gebeten, um Doppelgänge, Ueberfüllung und längeres Warten zu vermeiden, um **genaueste** Beachtung.

Vom 4. bis 14. Februar finden **keine** Zahlungen statt.

Thorn, den 27. Januar 1919.

Unterstützungskommission. Soldatenrat.

Eine große Anzahl von

Arbeitern, Arbeitsburschen, Arbeiterinnen

wird von **sofort gesucht** für eine Zuckerfabrik im Bezirk Magdeburg. Meldung im

parit. städt. Arbeitnachweis
Rathaus, Zimmer Nr. 28.

Der

paritätisch städtische Arbeitnachweis

Rathaus, Zimmer 28

sucht dringend

weibl. Hauspersonal.

Einen

ersten Schneidemüller

sucht

Dampfsägewerk Thorn-Holzhafen.

Aus dem Felde zurück, nehme meine Kurse für

Tanz- und Anstandslehre wieder auf.

Neueste Tänze.

Beginn am 11. Februar im Hotel „Drei Kronen Anmeldungen daselbst und in der Buchhandlung von C. F. Steinert erbeten.

Hans Geld, Lehrer der Tanzkunst.

Volkshochschulkurse

2. Reihe

Anfang Montag, den 3. Februar 1919.

1. Oberlehrer **Johannes**: **Populäre Astronomie** (mit Lichtbildern)
   Montag, den 3., 10., 17., 24. Februar; 3., 10. März; 7½ bis 8½ Uhr abends.
2. Oberlehrer **Carstenn** **Der Kampf um den Sinn des Lebens in den letzten hundert Jahren** (mit Lichtbildern)
   Montag, den 3., 10., 17., 24. Februar; 3., 10. März; 8½ bis 9½ Uhr abends.
3. Pfarrer **Heuer**: **Deutsche Maler des 19. Jahrhunderts** (mit Lichtbildern)
   Donnerstag, den 6., 13., 20., 27. Februar; 6. 13. März; 7½ bis 8½ Uhr abends
4. **Dr. med. Gerbis**: **Ausgewählte Kapitel aus der Gesundheitslehre**
   Donnerstag, den 6., 13., 20., 27. Februar; 6., 13. März; 8½ bis 9½ Uhr abends.

Die Vorträge finden in der

Aula der Knaben-Mittelschule, Wilhelmsplatz 7–8

statt.

Eintrittspreis für die sechs Stunden eines Vortrags insgesamt **3 Mark. Für Soldaten 2 Mark.**

Eintrittskarten sind zu haben in der Stadtbücherei, Coppernicusstraße 12, sowie in den Buchhandlungen der Herren Gläser, Golembiewski, Lambeck und Wallis.

Soldatenkarten nur in der Stadtbücherei.

Der Coppernicusverein für Wissenschaft und Kunst.

Lic. Freytag Vorsitzender.

Butterabgabe.

Auf die Zusatzspeisefettmarken für die Woche vom 5.–11. und 19.–25. Januar kann im Laufe dieser Woche eine Buttermenge von je 62½ Gramm entnommen werden.

Thorn, den 27 Januar 1919.

Der Magistrat.
Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Erster

Gatterschneider

für Vollgatter, der gleichzeitig Sägen schärft, sofort gesucht.

Georg Michel

Baugewerksmeister, Thorn-Mocker.

Schmiedelehrlinge

stellt ein

Reimann, Schmiedemeister, Lulkau.

Lehrling

achtbarer Eltern für die Zahntechnik sucht **E. Przybill**, Dentist Breitestraße Nr. 6.

Eisarbeiter und Fuhrleute

können sich melden.

Thorner Brauhaus.

Junge Dame

für Kontor zum 1. 2. 1919 **gesucht.** Zuschriften mit Lebenslauf und Gehaltsansprüchen unter **A 230** an die Geschäftsstelle d. Zeitg erbeten.

Aufwärterin

gesucht für einige Stunden am Tage

Schulstraße 46 II.

Ein junges Arbeitsmädchen

(nicht über 16 Jahre) findet Beschäftigung.

Dr. Wilhelm Herzfeld.

Portierstelle

von sogleich neu zu besetzen.

Mellienstr. 80, Czolbe.

Kyffhäuser-Technikum
Frankenhausen
Maschinenbau- u. Elektr.-Ing.-Werkm.-Abt.
Dir. Prof. Huppert

Zahn-Atelier E. Hoernecke,

Neustädtischer Markt 11
Sprechstunden 9–1 u. 2–6 Uhr,
Sonntags 9–12 Uhr.

Schützenhaus

Familien-Kränzchen

Anfang 6 Uhr. Anfang 6 Uhr.

Kaffee Kaiserkrone

Täglich erstklassiges

Künstler-Konzert

Anfang 4 Uhr. Anfang 4 Uhr.

Reichskrone, Katharinenstraße 7.

Tanzkränzchen

Beginn abends 6 Uhr Saal im Hof.

Reichskronen-Saal.

Nur einen Abend!

Morgen Mittwoch abend

der

große Revanchekampf

Rothenfußer, Meisterringer von Bayern, gegen **Robert Philipp**, Meisterringer von Sachsen.

Angenehm geheizter Saal. Einlaß 6 Uhr. Beginn 7¼ Uhr.

Nach dem Ringkampf:

Abschieds-Tanzkränzchen.

Tivoli

Mittwoch, den 29. Januar:

Familienkränzchen

Anfang 7 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Artushof.

Montag, den 10 Februar 1919, abends 7½ Uhr:

Ehrhart Mühlberg (Tenor)
Maria Lipinski (am Flügel).

Eintrittskarten à Mk. 4.40, 3.30, 2.20, 1.10 inkl. Steuer in der Buchhandlung **Walter Lambeck.**

Stadt-Theater

Mittwoch, 29. Januar 7½ Uhr:
Außer Abonnement! Neu einstudiert

„Das Dreimäderlhaus".

Donnerstag, 30 Januar, 7½ Uhr:
Abonnement-Vorstellung!
Zum 2. Male! Zum 2. Male!

„Das Dreimäderlhaus".

Freitag, 31. Januar, 7½ Uhr
Literarischer Abend! Zum 3. Male

„Der Strom".

Sonnabend, 1. Februar, 7½ Uhr:
Literarischer Abend! Ermäß Preise!

„Der Weibsteufel".

Gr. öffentl. Bäckergesellen-Versammlung!

Sämtliche in der Bäckereibranche arbeitenden Kollegen u. Kolleginnen werden hiermit zu einer

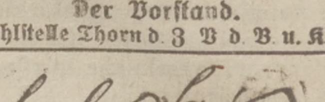
am 29 Januar 1919, abds. 7 Uhr im „Goldenen Stern" Seglerstr.

tagenden

öffentlichen Versammlung

ergebenst eingeladen.

Der Vorstand.
Zahlstelle Thorn d. Z V d. B. u. K.



Hauptversammlung

Donnerstag, 30 d. Mts
abends 7½ Uhr Hotel Dylewski

Der Vorstand
des Stenographen-Vereins Stolze-Schrey.

Koks
Braunkohlenschutt
Torf
Brennholz

ab Lager lieferbar.

Baumaterialien- und Kohlen-Handelsgesellschaft
m. b. H.,
Thorn, Mellienstraße 8.

Zwei eiserne

Oefen

zu verkaufen und

ein Eiskeller

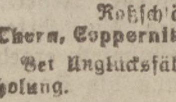
zu vermieten. Näheres bei
Dr. Tarnowski, Brückenstr. 11.

Kräftiges mittelschweres

Pferd

nicht über 10 Jahre alt, sucht zu kaufen

„Union"
Grosshandlung landw. Maschinen u. Geräte
Mauerstraße 1.



Schlachtpferde

kauft zu zeitgemäßen Preisen

Hermann Kohlschmidt,
Roßschlächterei,
Thorn, Coppernikusstr. 8, Tel. 565.

Bei Unglücksfällen sofortige Abholung.

Hausgrundstück

mit kleineren Wohnungen in Mocker, gut verzinslich, zu verkaufen. Zu erfragen **Weißhoferstr. 30**

Altes Ehepaar sucht **Wohnung**

von 2 Zimmern nebst Küche u. Zubehör in anständ. Hause zum 1. 4. 19. Off. mit Preisangabe zu richten an
Paul Morsch, Mellienstr. 70.

Speditionsfirma sucht von sofort

Pferdestall mit Remise

im Zentrum der Stadt zu mieten. Gefl. Angeb. sind unter **S. R. 231** an die Geschäftsst. d. Ztg. zu richten.